

# REDE

*des rumänischen Staatspräsidenten Ion Iliescu  
anlässlich des vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung organisierten  
Fortbildungsseminars für die Kommunikationsbeauftragten im Bereich der Betrugsbekämpfung  
Bukarest, 20.-23. Oktober 2003*

**„Eine aufrichtige und professionelle Beziehung zur Presse ist extrem wichtig geworden für die Schaffung einer öffentlichen Kultur der Ehrlichkeit und Transparenz bei der Ausgabe öffentlicher Mittel.“**

*Liebe Teilnehmer,  
meine Damen und Herren,*

Die Organisation dieses Seminars in Rumänien ist in der Tatsache begründet, dass Rumänien mit dem Prozess der Integration in die Strukturen der Europäischen Union vorankommt und dass die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands einhergehen muss mit der Aneignung der Verfahren der Union in den unterschiedlichsten Bereichen, einschließlich, oder vor allem, des Bereichs der Kontrolle der Rechtmäßigkeit und Effizienz der Ausgaben der europäischen Fonds, die aus öffentlichen Mitteln gespeist werden.

Im Rahmen des institutionellen Instrumentariums der Europäischen Union nimmt OLAF (das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung) durch die ihm übertragenen Aufgaben einen extrem wichtigen Platz ein. Die Zusammenarbeit des rumänischen Staates mit OLAF befindet sich noch in den Kinderschuhen, und die Tatsache, dass dank der Bemühungen beider Parteien ein derartiges Ereignis in Bukarest stattfindet, kann als Beweis dafür gesehen werden, dass Rumänien fest entschlossen ist, jegliche Form des Betrugs im Zusammenhang mit öffentlichen Geldern aus nationalen oder europäischen Quellen sowie die Korruption, die Steuervermeidung, und – ganz allgemein – jeglichen Gesetzesverstoß zu bekämpfen, unabhängig davon, welche politische oder gesellschaftliche Stellung der Schuldige bekleidet.

Die Verantwortlichen der Europäischen Union sind sich der Bedeutung dieser Bemühungen bewusst und unterstützen Rumänien und die Institutionen des rumänischen Staates in unseren Bemühungen, einen angemessenen rechtlichen Rahmen zu schaffen, Sachverständige im Bereich der Betrugsbekämpfung auszubilden sowie operationelle und glaubwürdige Kontrollinstanzen einzurichten.

Es gibt eine große Vielfalt von Projekten, mit mehreren Partnern, die sehr häufig in unterschiedlichen geografischen Gebieten und in großen zeitlichen Intervallen abgewickelt werden. Diese Komplexität birgt zahlreiche Betrugsmöglichkeiten in sich. Wenn wir diese in sich objektive Situation als Fatalität akzeptieren, so werden wir letztendlich den Betrug als banalen Akt betrachten. Dies wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte.

Der Betrug im Bereich öffentlicher Mittel ist umso verwerflicher – und muss hart bestraft werden –, als er nur mit Beteiligung der politisch Verantwortlichen und der öffentlichen Bediensteten zustande kommen kann, derjenigen also, deren wichtigste Aufgabe im Schutz und in der Förderung der öffentlichen Interessen liegt. Ihre Unehrenhaftigkeit höhlt das Vertrauen in den Staat, in die Institutionen und in die Demokratie aus.

Während aus Sicht der Medien die Handlungen zur Bekämpfung von Korruption und Betrug generell unerwähnt bleiben können, weil sie häufig nichts Spektakuläres an sich haben, sind in einer mediatisierten Welt die Betrugshandlungen spektakulärer und stehen stärker im Mittelpunkt des Medieninteresses. Dadurch kann der falsche Eindruck entstehen, dass der Staat und seine Institutionen ihnen gegenüber hilflos sind, oder, was noch schlimmer ist, der Gedanke, dass es nutzlos oder unmöglich ist, sie zu verhindern.

Diese Realitäten machten es erforderlich, im Rahmen von OLAF und ähnlicher Stellen der EU-Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten auf die öffentliche Kommunikation spezialisierte Strukturen zu errichten, die in der Lage sind, kohärent und beständig mit der Öffentlichkeit und den Informationsmedien zu interagieren. Eine aufrichtige und professionelle Beziehung zur Presse ist extrem wichtig geworden für die Schaffung einer öffentlichen Kultur der Ehrlichkeit und Transparenz bei der Ausgabe öffentlicher Mittel.

Die Bürger wie auch jene, die die Mittel der Steuerzahler veruntreuen und vergeuden, müssen sich der Gefahr bewusst sein, die mit gesetzeswidrigen Handlungen verbunden ist. Ihre Betrugshandlungen bedeuten mehr Armut sowie weniger und qualitativ schlechtere öffentliche Dienstleistungen und schaden den legitimen Interessen der Gesellschaft und ihrer Mitglieder.

Es ist unsere, unser aller Pflicht, den Bürgern zu helfen zu verstehen, dass sie neben Rechten und Freiheiten auch gesetzliche und verwaltungsrechtliche Pflichten haben, dass es in ihrem Interesse und im Interesse der Gesellschaft ist, dass die Betrugshandlungen nachdrücklich bekämpft werden, dass sie sich nicht – u. a. durch Passivität oder Nichteinmischung – zu Komplizen eines solchen antisozialen Verhaltens machen.

Ich begrüße es, dass Rumänien im Rahmen der Kontrollabteilung der Regierung bereits eine derartige Kommunikationseinheit aufgebaut hat. Es ist wichtig, dass sie gemeinsam mit anderen Sachverständigen in diesem Bereich eine Reihe von Informations- und Sensibilisierungskampagnen zur Verhinderung des Betrugs im Bereich der EU-Mittel konzipiert und entwickelt, und insbesondere deren öffentliche Auswirkungen ermittelt.

Ich möchte hervorheben, dass die Institutionen des rumänischen Staates und ich persönlich – ungeachtet der Hindernisse – in höchstem Maße darauf bedacht sind, dass die Gesetze und die Interessen unserer Gesellschaft sowie die europäischen Regeln beachtet und diejenigen bestraft werden, die der Korruption oder des Betrugs schuldig sind.

Die rumänischen Behörden sind fest entschlossen, diese Art von Betrug zu bekämpfen und gleichzeitig die europäischen Organe und die öffentliche Meinung über die erzielten Ergebnisse zu unterrichten.

Die Transparenz ist heute zu einer effizienten Waffe im Kampf gegen die Korruption, gegen Betrug aller Art im Bereich der öffentlichen Mittel geworden. Das Vorhandensein eindeutiger Verfahren, die für alle gleich sind, das Verschwinden jener Bedingungen, die dazu führten, dass viele Täter den Status der Immunität erlangten und nicht verurteilt wurden, die Umsetzung des Prinzips, nach dem „Niemand über dem Gesetz steht“: all dies sind Argumente, die dafür sprechen, Ihre Tätigkeiten, d. h. die Tätigkeiten jener, die in den Kontrollsystemen arbeiten, zu unterstützen und die „Responsabilisierung“ der Bürger sowie die Schaffung einer Partnerschaft zwischen Bürgern und Regierung – einschließlich der Partnerschaft mit der Kontrollabteilung der Regierung sowie einer aktiven Zusammenarbeit mit den Organen der Gemeinschaft, u. a. mit dem OLAF – zu fördern, um dergestalt die Betrugshandlungen entschieden zurückzudrängen.

Ich wünsche Ihnen Erfolg bei Ihrer Arbeit und versichere Ihnen, dass Rumänien den Verpflichtungen, die das Land gegenüber seinen europäischen Partnern eingegangen ist, in vollem Umfang nachkommen wird.